

Erklärung der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank nach Abschluss der ersten Überwachung Irlands nach Programmende

Nach dem erfolgreichen Abschluss des EU/IWF-Finanzhilfeprogramms Ende 2013 hielten sich Mitarbeiter der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 29. April bis zum 2. Mai 2014 in Irland auf, um die nach Abschluss des Programms erfolgende Überwachung durchzuführen. Diese wurde mit der ersten Überwachungsmission des IWF nach Programmende abgestimmt. Der Europäische Stabilitätsmechanismus nahm an den Treffen mit Bezug zu seinem Frühwarnsystem ebenfalls teil.

Seit Auslaufen des EU/IWF-Programms hat sich der Ausblick für Irland insgesamt weiter aufgehellt. Vor dem Hintergrund allgemein sinkender Staatsanleiherenditen ist die Nachfrage privater Anleger nach irischen Vermögenswerten hoch und die Behörden nehmen wieder regulär Mittel über den Kapitalmarkt auf. Die konjunkturelle Erholung setzt sich fort, das gesamtstaatliche Defizit sinkt weiter, und Strukturreformen und Reformen im Finanzsektor schreiten voran. Dennoch wird die Erholung (insbesondere im Bereich der privaten Konsumausgaben) durch die hohe Verschuldung des öffentlichen und des privaten Sektors belastet.

Die Konjunkturindikatoren weisen für 2014 nach wie vor auf eine allmähliche Belebung hin, da die Auslandsnachfrage die Exporte stützt und sich die inländische Nachfrage stabilisiert. So erhöhte sich beispielsweise im Februar die Industrieproduktion um 5,3 % gegenüber dem Vorjahr, und seit dem dritten Quartal 2012 wurden rund 72 000 Stellen geschaffen. In den ersten Monaten des Jahres sank die Arbeitslosigkeit – ausgehend von ihrem immer noch hohen Niveau – kontinuierlich weiter und liegt nun unter dem Durchschnitt des Euroraums, während sich zugleich das Verbrauchervertrauen verbessert und der Immobilienmarkt stabilisiert hat. Den Projektionen zufolge liegt das Wachstum des BIP im Jahr 2014 bei etwa 1¼ % nach -0,3 % im Jahr 2013.

Das Haushaltsdefizit verringerte sich 2013 um mehr als 1 Prozentpunkt auf 7,2 % des BIP und lag innerhalb der im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit festgelegten Grenze von 7,5 %. Die Einnahmen fielen 2013 höher als erwartet aus, während die Gesamtausgaben den Zielwerten entsprachen, wobei Ausgabenüberschreitungen im Gesundheitswesen durch Einsparungen in anderen Bereichen ausgeglichen wurden. Die im Rahmen des Defizitverfahrens festgelegte Obergrenze von 5,1 % für das gesamtstaatliche Defizit 2014 dürfte eingehalten werden. Diese auf günstigen Wachstums- und Beschäftigungsaussichten basierende Projektion geht von einem strikten Haushaltsvollzug aus, um die Ausgabenüberschreitungen im Gesundheitswesen zu kompensieren. Die Behörden sind weiterhin verpflichtet, das Haushaltsdefizit 2015 auf unter 3 % des BIP zu senken, wenngleich spezifische Anpassungsmaßnahmen noch festgelegt werden müssen. Diese werden in der Übersicht über ihre Haushaltsplanung im Oktober enthalten sein.

Aufgrund verbesserter Marktbedingungen sind die Refinanzierungskosten der Banken gesunken, und auch die Abhängigkeit von Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems wurde reduziert. Die Ertragskraft der Banken erhöhte sich angesichts des günstigeren Geschäftsumfelds, stellt sich jedoch vor dem Hintergrund der umfangreichen niedrig verzinsten Hypothekendarlehen, die an einen Referenzzinssatz gekoppelt sind, sowie des hohen Anteils notleidender Kredite weiterhin als schwierig dar. Die Zahlungsrückstände bei Hypotheken insgesamt sind – ausgehend von einem hohen Niveau – inzwischen rückläufig,

da die Banken bei der Erreichung ihrer Zielgrößen für die Restrukturierung dieser Kredite Fortschritte erzielt haben; zugleich nimmt die Kreditvergabe an den privaten Sektor weiter ab. Eine Fortsetzung der Restrukturierung der Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) ist entscheidend, um die Kreditvergabe an diesen Sektor anzukurbeln und das Wachstum zu stützen. Auch die laufende Überprüfung der Wirksamkeit der Darlehensvergabe an KMUs sowie die Schaffung von Finanzierungsquellen aus dem Nichtbankenbereich spielen eine bedeutende Rolle. Die wichtigsten Banken werden im Rahmen der dieses Jahr stattfindenden umfassenden euroraumweiten Bewertung durch die EZB einer aufsichtlichen Risikobewertung, einer Prüfung der Aktiva-Qualität sowie einem Stresstest unterzogen.

Die Strukturreformen, die im Zusammenhang mit dem EU/IWF-Programm in Angriff genommen wurden, werden weiter forciert. Aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen konzentrieren sich auf die Verbesserung der Beratungsdienste bei der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenunterstützung sowie auf die teilweise Auslagerung von Personaldienstleistungen für Langzeitarbeitslose. Zugleich sollen durch weitere Reformen im Bereich Aus- und Weiterbildung die erheblichen Ungleichgewichte zwischen angebotenen und nachgefragten Qualifikationen verringert und den Bedürfnissen von Arbeitssuchenden und Arbeitgebern besser Rechnung getragen werden. Ein weiteres Vorantreiben dieser Initiativen und auch des „Action Plan for Jobs“ zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist unabdingbar, um die positive Dynamik bei der Stellenschaffung aufrechtzuerhalten und die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Umsetzung der Strategie zur „E-Health“, der Anwendung elektronischer Hilfsmittel im Gesundheitssektor, macht ebenso wie die Reform der Finanzverwaltung in diesem Bereich Fortschritte, es sind hier aber noch weitere Reformen vonnöten, um die Budgetkontrolle zu stärken und Überschreitungen der Ausgaben für Arzneimittel entgegenzuwirken. Die Reformen im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung schreiten wie geplant voran. Die Einführung von Gebühren für private Haushalte bis Ende 2014 könnte merkliche positive Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte haben. Wenn die regulatorischen Reformen der juristischen Dienstleistungen fristgerecht abgeschlossen werden, ermöglicht dies den Erwartungen nach geringere Kosten für eben diese Dienstleistungen und einen vereinfachten Zugang zum Rechtssystem auch für Unternehmen.

Die nächste nach Abschluss des Programms erfolgende Überwachung ist für Ende 2014 vorgesehen.

Die Delegation möchte den irischen Behörden und dem IWF für die offenen Diskussionen und ihre konstruktiven Beiträge danken.